

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

58. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 P., monatlich 22 P., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstags und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 4. September 1920

Anzeigenpreis: Vereinsn., Fortbildungs-, Arbeitsmarkts- und Todesanzeigen 20 Pf. die fünfzeilige Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Realanzeigen 60 Pf. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 99

### Von der Generalversammlung bis zur Gauvorsteherkonferenz

In der kommenden Woche findet in Berlin wieder eine Gauvorsteherkonferenz statt, auf der über die vielfältige, die einfachen Linien immer weiter verlassende Organisationsarbeit ein so alles erfassendes Bild gegeben werden kann, wie es uns doch nicht möglich ist. Was darüber nach der Gauvorsteherkonferenz gesagt werden kann, muß sich erst ergeben. Hier handelt es sich um die Erwähnung und Beleuchtung von nur einzelnen Zügen, die unbedenklich vorweggenommen werden können.

Wir haben uns in den seit Nürnberg zurückliegenden Wochen manchmal gewundert über den ganz unterschiedlichen Verlauf der Versammlungen. Aber die Generalversammlung ist doch für alle Mitgliedschaften in ganz gleicher Weise ausführlich berichtet worden. Wo also das Argument der ausführlichen Berichterstattung des „Korr.“ über den Verhandlungstag vorgebracht worden ist, läßt es den ungenügenden Versammlungsbesuch nicht erklärlich erscheinen, denn in andern Ortsvereinen von derselben Größe hatten die Versammlungen mit der Berichterstattung über Nürnberg wie auch stattgehabte spätere oft ausgesprochen guten Besuch aufzuweisen. Eine merkwürdige Erscheinung war es besonders, daß auch in Mitgliedschaften mit oppositioneller Vertretung das Interesse zum Teil nicht anders als bestenfalls mittelmäßig genannt werden konnte, was sich auch an weiteren nicht geändert hat. Dagegen ist von manchen Bezirksversammlungen, deren Abhaltung sich gegenwärtig große Schwierigkeiten entgegenstellen, gipfelhaft gemeldet worden. Diese Beispiele mit der wohl manches Mal noch in Wunschform zu kleidenden Erweiterung, daß die Beratungen selbst eine lediglich dem Allgemeininteresse dienende größere Aktivität auslösen möchten, sollen zur allseitigen Nachahmung empfohlen werden. Das sich jetzt zeigende Bild ist, das Ganze übersehen, noch so unterschiedlich, daß man mitunter recht andre Notwendigkeiten herausfindet, als wie sie oft zum Ausdruck gebracht werden. Wir halten es auch für richtiger, wo erforderlich, zur Senkung des Versammlungsbesuchs mehr praktische Mittel kritisch in Anwendung zu bringen, als in monotoner Weise in den Versammlungsberichten über schlechten Versammlungsbesuch zu klagen. Das ist eine verbrauchte Methode, mit der man meistens nur in einer Richtung Wirkungen auslöst, die der Organisation gar nicht angenehm sein können. Richtiger ist es da schon, über reges Versammlungs- und Organisationsleben aus den ja doch noch die Mehrheit bildenden Mitgliedschaften anschaulich Kunde zu geben, auf daß die andern sich von selbst zur Besserung angepornt fühlen.

Die Mitteilungen über Gründung von Ortsvereinen in kleinen Städten, wo bisher nur vereinzelt Mitglieder des Verbandes zu finden waren, ist eine begrüßenswerte Erscheinung. Es geht daraus hervor, daß unsere Organisation nun mehr und mehr in das Hinterland eindringt. Für die Gesundung der Lehrlingsverhältnisse dort ist das sehr wichtig.

Was in der kurzen Spanne Zeit vom 24. Juni bis zum 6. September alles hat geleistet werden müssen, dafür ist an der Stellung von den Anträgen zur Tarifberatung trotz ihrer sehr großen Anzahl nicht der richtige Maßstab zu nehmen. Die Vorkände haben keine Sauregurenschmelze zu spüren gehabt; nicht am wenigsten hat die Sorge, die Arbeitslosigkeit mit ihren Abzweigungen einzudämmen, sie lebhaft beschäftigt. Bei den Gauvorkänden häuft sich die Arbeit und drängen die Anforderungen in ihrem Bereiche. Für die Verbandsleitung aber sind es Wochen schwerer Arbeit gewesen, in so kurzer Zeit organisatorisch wie tariflich alles auf die große Umschaltung vorzubereiten. Dabei bringt fast jeder Tag Erweiterung der Aufgaben und Vergrößerung der Schwierigkeiten. Was am 2. September mit der Tagung der geistesfertigen Tarifkommission begonnen hat, am 6. September mit der Gauvorsteherkonferenz Fortsetzung, am 8. Oktober mit dem Beginn der Tarifverhandlungen seinen Höhepunkt findet und am 1. Oktober

mit der Einführung der vielen und weittragenden Nürnberger Beschlüsse organisatorisch zu einem gewissen Abschluß kommt, das erfordert eine solche Umsicht, Leistungskraft und Arbeitsfreudigkeit von einer Gewerkschaftsleitung und den ihr beigegebenen Hauptfunktionären, wie es in früheren Zeitaltern bei weitem nicht erforderlich gewesen ist.

Doch ist es heutzutage um vieles schwerer, wenn nicht überhaupt unmöglich für Männer auf führenden Posten, mit der schönen Blume der Zufriedenheit in Berührung zu kommen. Die beiden Versammlungsberichte aus Hamburg und Kanau in dieser Nummer zeugen von großer Anzulriedenheit, gerichtet gegen die Gehilfenvertreter und gegen die Verbandsleitung. Es wird ja auf der Gauvorsteherkonferenz über die für den Anfall der Tarifauschüßigung im August bestimmend gewordenen Gründe gesprochen werden. Daraus wird sich dann etwas anderes ergeben, als was in diesen beiden Mitgliedschaften die Ursache der heftigen Kritik zu sein scheint. Daß man in den andern Mitgliedschaften nicht zu einer solchen Stellungnahme gekommen ist, läßt schon erkennen, wo man die ganze Situation richtig zu beurteilen vermag. Die Erschwerung, daß über solche ersten Entschuldigungen im „Korr.“ nicht große Kommentierungen gegeben werden können, bildet keinen Grund, die geschehene Kritik erklärlich zu machen. Denn was die vielen andern ohne weiteres vernutzen, kann doch auch in den paar verbleibenden Mitgliedschaften verstanden werden. Aus dem einen Moment der Verärgerung kommt man dann leicht noch zu diesem oder jenem andern und dadurch zu ungerechtfertigten Vorwürfen. Die bei den Buchbindern für die vier Tarifstädte Berlin, Leipzig, Stuttgart und München seit den Mailagen — die Verhandlungen fielen mit unsrer Tarifauschüßigung in Leipzig zusammen — geführte Steuerungsaußenbewegung gibt doch gewiß zu denken. Nachdem jene Verhandlungen resultatlos abgebrochen waren, sind die Parteien auch später nicht überein gekommen. Einen dann von Arbeitnehmerseite erzwungenen Schiedsspruch erkannte die Hauptorganisation der Unternehmer nicht an. Darauf legte der Buchbinderverband dessen Rechtsverbindlichkeitserklärung am 19. August durch. Es wurde damit die Rückwirkung der Zahlungspflicht einer ersten Rate (vom 5. Juli bis 17. Juli) nach dem Eisenacher Abkommen vom 30. Mai (das für das Reich mit den Buchbinderprinzipalen aufstande kam) und ab 19. Juli die einer zweiten unter entsprechender Erhöhung der Akkordhöhe erreicht. Die Buchbindereigentümer der vier Tarifstädte jedoch bestritten dem Demobilisierungskommissar das Recht, „in ihre privaten Angelegenheiten einzugreifen“. Einen Kampf wollten die Buchbinder in Leipzig, Stuttgart und München wegen der ungünstigen Geschäftslage vermeiden und werden nun beim Gewerbegericht in jedem einzelnen Falle die Vollstreckbarkeit der zugesprochenen Erhöhungen durchsetzen. In Berlin haben es die Schwager mit dem Mittel der passiven Resistenz versucht, worauf die Unternehmer zur Ausperrung schritten. Es haben dann am 31. August nochmals Verhandlungen vor dem Demobilisierungskommissar stattgefunden. Die Unternehmervertretung erklärte sich bereit, von der Lohnzahlung am 10. September an den Schiedsspruch als laufende Zulage zu erfüllen, die Nachzahlung wurde abgelehnt, man könnte aber im Verhandlungswege darauf bezug nehmen; dem wurde von Gehilfenseite entgegengehalten, daß man nicht auf die Nachzahlung Verzicht leisten werde. In geheimner Abstimmung wurde darauf in einer Gehilfenversammlung mit fast dreiviertel Mehrheit beschlossen, die Arbeit am 1. September wieder aufzunehmen. Es ist jedoch nicht nur dieses eine Beispiel aus der Welt der Realitäten, was gegen den Standpunkt von Hamburg und Kanau ins Feld geführt werden könnte. Darüber soll jetzt aber noch nicht gesprochen werden.

Ein Artikel aus Leipzig über die Beitragszahlung bei Aussetzen legt gegen die Gauvorkände los. Weil die Gauvorsteher in der Mehrheit nunmehr ihren Posten nicht mehr nebenamtlich versehen können, denn die Arbeit ist einfach so nicht mehr zu bewältigen, wird ihnen das Ver-

kändnis abgeprochen, die Lage der aussetzenden Kollegen noch richtig zu verstehen. Ja, ist die Generalversammlung dann nicht ebenso verständnislos gewesen, indem sie die angegriffene Bestimmung aufrechterhalten hat? Man hat von oppositioneller Seite nach Nürnberg die Behauptung aufgestellt, es hätten dort „50 festangestellte Gewerkschafter“ sich unter den 144 Delegierten befunden, während in Wirklichkeit nur 28 Delegierte Angestellte von Gauen und Mitgliedschaften waren und von den weiteren 22 Vertretern der Zentralkassen bloß 9 sich im Angestelltenverhältnisse befinden. Bei 166 Teilnehmern insgesamt (außer den Gästen) nur 37 „festangestellte Gewerkschafter“ kann sicherlich, wenn auch dieser oder jener — selbst von der Opposition — nicht mehr direkt im Beruf tätig ist — ein gesundes Verhältnis genannt werden. Der Leipziger Kollege kommt also mit seinem Argument nicht auf seine Rechnung. Wohl ist ihm darin beizustimmen, daß das Beitragszahlen bei Aussetzen und Verfallsarbeiten hart empfunden wird, zumal der angegebene Beitrag jetzt erhebliche Steigerung erfährt. Aber der Beitrag wird doch unter den angegebenen Umständen, auf die einzelnen Wochen verteilt, nicht immer vollbezahlt. Die gegebene Darstellung ist nicht ganz zutreffend. So darf man nicht für Milderungen plädieren, worüber an sich ja gesprochen werden kann. Ob sie möglich sind, hängt aber nicht von Erörterungen unsererseits ab.

Ein anderer Kollege (aus Darmstadt) wird in einer der nächsten Nummern wieder die Notlage der Invaliden zur Sprache bringen. Er ist mit den Beschlüssen von Nürnberg nicht einverstanden, fordert Mehrleistung vom Verband und erwartet größere Opferfreudigkeit von den arbeitenden Kollegen, denn die Invaliden seien zurückgesetzt. Wir müssen sagen, daß uns diese Klagen immer am liebsten tun. Denn wie viele treue Wegbahner für die Organisation befinden sich unter den alten Invaliden! Ihnen in der geforderten Weise zu helfen, heißt aber den Verband in gewerkschaftlicher Richtung brachlegen. Darüber haben die Denkschriften des Verbandsvorstandes (siehe Nr. 9) keinen Zweifel gelassen und die Beratungen und Beschlüsse der materiellen Kommission in Nürnberg ja auch nicht. Man soll doch nicht klagen, die Buchdrucker untrer Tage hätten noch nicht die richtige Vorstellung von der notwendigen Höhe der Beiträge. Wir wissen, daß es jetzt hier und da schon über 8 Mk. wöchentlich hinausgeht, was in der Woche allein die Kassen des Verbandes und der Berufsvereine abfordern. Wie den Invaliden nachhaltiger geholfen werden soll, ist also eine recht schwierige Frage. Wenn je das mißliebende Herz und der berechnende Verstand in Widerstreit geraten, dann hier. Wir sind gern Vorkämpfer, wo einigermaßen geholfen werden kann, z. B. in der freiwilligen Einführung von freiem Nachquartier an durchreisende Kollegen, aber hier können wir nicht anders, als nach diesen Einwendungen den Artikel aus Darmstadt für sich wirken zu lassen.

Wie man die Aufnahme der Generalversammlung im allgemeinen verfolgen konnte und demgemäß auch die der Marktroute für unsere weitere Organisationsarbeit, so läßt sich ihr trotz diesem oder jenem Umstande doch ein gutes Zeugnis nicht versagen, wenn auch eine zurückhaltende Erwartung für die nächste Periode nicht zu verkennen war. Kollege Bötcher hat sich auch von Überbegrifflichkeiten ferngehalten und an einer Stelle, wo dieses Eingeständnis besonders wegt, konstatiert, daß die Opposition auf der Generalversammlung „in der Revolutionierung des Buchdruckerverbandes nichts erreicht hat“.

Was unsere Kollegen im Saargebiet und in Oberschlesien wie vereinzelt in andern besetzten Gebieten durchmachen müssen in den letzten zehn Wochen, zwingt immer wieder zum Bewußtwerden, daß die Sirengensignale nicht so kleinen Teilen der Verbandskollagenchaft noch härtere Bedrückungen als die allgemein so schwer empfundenen bringen.

Der „Korr.“ ist bekanntlich der Spiegel des inneren Organisationslebens. Die große Fülle der Artikelentwürfen und Versammlungsberichte gibt den äußeren Vorgängen wie den bei der Verbandsleitung zusammenlaufenden

den internen Dingen ein sprechendes Relief. Wir haben in den letzten Wochen der Not gehorchend den Umfang erweitern müssen, sind aber trotzdem nicht nach Wunsch vorwärts gekommen mit den Veröffentlichungen, obwohl die Redaktion in mancherlei Angelegenheiten Selbstbestimmung geübt hat und bei deren späterer Behandlung sich zum Teil um den Effekt bringen wird. Es wird deshalb scharfer auf Vermeidung von Wiederholungen gesehen werden. Dieses oder jenes Thema kann auch mit weniger Artikeln erledigt sein. In Sachen der Meisterprüfung werden z. B. keine Einwendungen mehr angenommen; mit der Veröffentlichung der noch vorliegenden kann und muß es sein Bewenden haben. Diejenigen, die irgendeine Frage ansprechen, dürfen auch nicht darauf aus sein, jedem zu antworten, der dazu schreibt. Wir freuen uns über das dem „Korr.“ entgegengebrachte große Interesse durch vielseitig belebte Diskussionen. Unser Verband, der mit dem Emporkommen anderer Gewerkschaften ja nicht Schritt halten kann, weil es unter den Buchdruckern fast gar keine Lehrerbildungsgebiete mehr gibt, bleibt in dieser Beziehung wahrlich nicht zurück. Auch alle Kollegen greifen noch zur Feder und schreiben über diese oder jene Notwendigkeiten; in den letzten Tagen hat sogar ein Arbeitsveteran von 75 Jahren uns einen Artikel zu einer rein gewerkschaftlichen Tagesfrage geliefert. Wenn die Duldsamkeit gegen andere Meinungen noch größere Fortschritte macht und weitgehendere Rücksicht genommen wird — bei Artikeln wie Versammlungsberichten — auf die ebenfalls das Wort Begehrenden, und in schwierigeren Fragen die Berufsleute nicht fällige Zurückhaltung üben würden, dann wäre der für eine Redaktion erreichbare Idealzustand da. Jedenfalls ist der Zeitraum von der Generalversammlung bis jetzt für die Leser wie für uns befriedigend zu nennen. Wir haben zwar in den jüngsten Wochen einige Anstände aus der praktischen Zusammenarbeit vorbringen müssen und wollen nicht sagen, daß jeder Artikel sich mit dem von uns im Allgemeininteresse einzunehmenden Standpunkt deckte, aber das sind Sachen, die nie vollständig behoben werden können.

Es sind nach Nürnberg wieder nur ganz wenige Ablehnungen erfolgt. Offenkundig ungeschickte oder völlig irrtümliche Ausführungen kamen dafür in Betracht. Daß auch recht merkwürdige Auffassungen über die Meinungsfreiheit bei der ersten Kategorie unterlaufen, die einen andersgearteten Standpunkt gern mit schwerer Verdächtigung der obwaltenden Motive ausstrecken möchten, ist unschön. Manchmal wieder wird ein recht überhebender Ton angeschlagen gegenüber dem Meinungsgegner. Der Artikel von -ck in Leipzig in voriger Nummer ist dafür ein Beweis. Wir wollen auf das für und Wider der Kinderzulagen hier nicht eingehen, aber man soll nicht auch noch Karl Marx aufrufen für den Standpunkt der Ledigen. In seinem „Kapital“ (erster Band, auf Seite 127 der von Kautsky herausgegebenen Volksausgabe von 1914) ist nämlich zu lesen:

Die durch Abnutzung und Tod dem Markt entzogenen Arbeitskräfte müssen zum allermindesten durch eine gleiche Zahl neuer Arbeitskräfte befähigt ersetzt werden. Die Summe der zur Produktion der Arbeitskraft notwendigen Lebensmittel schließt also die Lebensmittel der Erasmänner ein, d. h. der Kinder der Arbeiter, so daß sich diese Klasse eigentümlicher Warenbesitzer auf dem Warenmarkt verweigert.

In einer Fußnote hierzu (46) wird diese Anschauung von Kautsky durch einen andern Ausdruck unterstrichen. Von Engels könnten gleich- und ähnlich lautende Argumente angeführt werden. Also lasse man von -ck und Genossen mindestens Karl Marx aus dem Streife!

Wie wir es schon vor der Generalversammlung gehandhabt haben, nehmen wir dann und wann Gelegenheiten, zusammenfassend Schicksale in gerade erschienenen Artikeln zu beleuchten. Es sollen damit die sogenannten Redaktionschwänze auf das alleräußerste Maß beschränkt und doch damit gezeigt werden, daß ein jeder mit der nötigen Vorsicht und in Berücksichtigung des im Verbands durch Mehrheitsgesetz Bekendenden von der Kanzel des „Korr.“ zu sprechen hat. Zwar verlangen nicht wenige immer noch nach der schon längere und lange Zeit zurückliegenden Methode einer kernigen Abbitirung in flagrant, auch kommt manchmal sogar von einem Oppositionsmanne die Bemerkung, daß die Redaktion doch dem oder dem sofort hätte auf die Süßneraugen treten sollen. Da wir aber mit der gleichen Liebe alle umfassen, folgen wir weder den Lockungen von rechts noch von links, denn am Ende würden die schlecht verträglichsten Brüder nur vereint der Redaktion auf das Nach steigen. Wir wollen auch so dafür zu sorgen, daß im „Korr.“ die Kirche im Dorke bleibt.

Wie in diesem Artikel schon einige Male, sollen an den Schluß auch noch ein paar Marginallen solcher Art gesetzt werden. Die Kollegen Kotte und Fiedler bringen in dieser Nummer dem Kollegen Lehmann wegen seines Artikels „Videant consules“ (Nr. 95) und einiger Ausfälle sowie Unrichtigkeiten darin („die Kapp-Rüttel in unserm Gewerbe“) herzhafte Ovationen. Wenn Kollege Lehmann seinen auf die vor der Berliner Generalversammlung ab-

gehaltene Verammlung des achten Bezirks (Neukölln) zurückgehenden Artikel in der Linke gelassen und es bei dem recht deutlichen Abfall der Opposition mit ihrem die Tarifgemeinschaft usw. verwertenden Antrage in der Generalversammlung des Berliner Vereins (Nr. 97) hätte bewenden lassen, dann wäre ihm und uns (des Raumes wegen) besser gedient gewesen. Die Berliner Generalversammlung hat doch mit großer Mehrheit besunden, daß der Standpunkt der Opposition mit den Beschlüssen der Nürnberger Generalversammlung in Widerspruch steht. Diese unbefristete Tatfrage können weder Kotte noch Fiedler durch ihre Artikel ausheben. Den Kollegen Kotte zu bekehren, ist unmöglich, daß er aber andre bekehren könnte, ist genau so unwahrscheinlich, wie er das von der Wirkung seiner Artikel im „Korr.“ ja schon selbst weiß. Wir möchten uns aber gegen die Einschätzung der Generalversammlung als nur „einer großen Vertreterchaft von Mitgliedern einer Organisation“ verwahren. Nürnberg war die Vertiefung der Gesamtorganisation! Ihre Beschlüsse sind maßgebend, ob sie der Opposition gefallen oder nicht. Da Kollege Fiedler nochmals verkichert, daß die Opposition sich „im Rahmen der Organisationsbeschlüsse halten wird“, wäre ja ein Streit um des Kaisers Bart überflüssig. Wenn er aber davon spricht, es den Kollegen liberal in die Ohren schreien zu wollen, um die Gewerkschaften vor dem Siechtum zu retten, so ist es noch nicht ausgemacht, ob sich die andersdenkenden Kollegen solche Lehren anschreien lassen wollen, zumal sie jetzt auch wissen, wie das Moskauer Zwingert für die Gewerkschaften und das Recht der freien Meinung beschaffen ist. Ginge es bei uns nach dem Moskauer Diktat, dann hätten die Kollegen Kotte und Fiedler eben „eltern Disziplin“ gegenüber den Nürnberger Beschlüssen zu wahren, und mit ihrem hier vertreteten Standpunkte wäre es rasch ab vorbei. Wohl ihnen, daß sie noch in der freien Luft des demokratischen Verbandes ihr Streitkrölein reifen können!

## Praktische Arbeit und Opposition!

Die ewige Phrase von der „praktischen Arbeit“ treibt einen ihrer Jünger auf den Plan, um den Grad der in sich aufgenommenen Kenntnisse an der Opposition zu prüfen. Zum Anlaß nimmt er eine in der letzten Neuköllner Bezirksversammlung von mir eingereichte und begründete Entschließung zur bevorstehenden Wiederbelebung des Tarifvertrags.

„Videant consules!“ So ruft er aus, und man süßelt sich geneigt, zu vermuten, daß da etwas ganz Besonderes drauf folgt. Aber während der Anführer der Opposition lacht, sagt der Gesinnungsfreund: „Süßest du lieber geschwiegen!“ Ich denke an ihn in der Verammlung. Die große Geste und hinterher ein paar erheiternde Minuten für die Zuhörerchaft. So auch der Artikel! Eine gelachte lateinische Überschrift und dieser folgend ein Gemisch von Unkenntnis und abgetretenen politischen Plattheiten, zu deren Begründung er sich noch in seiner Verzweiflung meines Willens auf keiner Seite geallener Kraftausdrücke bedient. Als Sprecher der Opposition und als der direkt Angegriffene bin ich schon gezwungen, mich mit dem Kollegen Lehmann hier einzulassen.

Also von „praktischer“ und „politischer Arbeit“ war die Rede. Nur bebauere ich, daß „der Lateiner“ für seine und seiner Streitgenossen Geistesprodukte schon im voraus die Befürchtung ausdrückt, daß sie tauben Ohren gepredigt seien. Das ist indes schon möglich. Es gibt ja heutzutage zu wenig vernünftige Menschen, und die paar noch vorhandenen, die sich um das Banner der „praktischen Arbeit“ gehockt haben, versteht eben kein Mensch. Ja, aber zum Verständnis dieser sogenannten „praktischen Arbeit“ gehört für einen gewöhnlichen Sterblichen auch allerhand. Einzig die aus den verschiedensten Ursachen von dem Segen dieser „praktischen Arbeit“ Betroffenen dürften für diese hohe Wissenschaft ein gewisses Verständnis aufbringen. (Die Tatsache der hohen Arbeitslosenziffern, der Unternehmerlabotage, die sich in Entlassungen, Arbeitszeitverkürzungen, Betriebsschließungen, dem Kampfe gegen die Betriebsräte und nicht zuletzt im Kampfe des internationalen Kapitals gegen den internationalen Sozialismus ausdrücken, wären so einige Ursachen.)

Trotzdem will ich in Würdigung der bezeichneten Lehre versuchen, den Sinn des Artikels von der „praktischen Arbeit“ zu erfassen.

Der Verfasser des angezogenen Artikels entschuldige zunächst die bescheidene Frage: „Was wollten Sie eigentlich mit Ihrem Artikel sagen?“ Wollten Sie zum 99. Mal Ihre unverbrüchliche Treue für die Zukunft der sogenannten „praktischen Arbeit“ zum Ausdruck bringen? Wollten Sie in aufgelaesener Wichtigkeit an der Selbstverständlichkeit unfrer Betätigung Ihre Unkenntnis beweisen? Oder nahmen Sie die Opposition zum Zwecke der Stimmungsmache zum Anlaß Ihres Artikels? Wenn ich mich schon zuvor wegen dieser Fragestellung entschuldigte, so deshalb, weil es mir einfach rätselhaft erscheint, wie ein irgendwie nur halbwegs mit unfrer Betätigung vertrauter Kollege in der Einbringung unfrer Entschließung etwas so Außergewöhnliches erblicken kann, daß er dem einen besonderen Artikel widmen zu müssen glaubt. Meines Erachtens enthält die Entschließung nur eine Quintessenz unfrer Forderungen. Hier der Wortlaut derselben:

Die übergroße Mehrheit der Berliner Gehilfenschaft hat durch ihre Vertreter in Nürnberg zum Ausdruck gebracht, daß die Tarifgemeinschaft ein Kernstück in dem Befreiungskampfe der Arbeiterklasse sind.

In dieser Erkenntnis festhaltend, erklären die heute im achten Bezirk versammelten Kollegen, daß sie kein Interesse an den zur Vermehrung des lariflosen Zustandes gestellten Anträgen haben. Sie beschränken sich daher darauf, den Gehilfenvertreter des Tarifkreises VIII zu eruchen, bei der Beratung der Anträge im Sinne der Mehrheit der Berliner Kollegenchaft für die Aufhebung der Tarifgemeinschaft zu wirken.

Den Unternehmern im graphischen Gewerbe sind vom Verbands beschlossene Arbeitsbedingungen abzurufen.

Angesichts dessen frage ich nun: Sind die in dieser Entschließung zum Ausdruck gebrachten Forderungen nicht schon 1-mal öffentlich vertreten worden? Selbst in Nürnberg nahm sich auch nicht ein Delegierter heraus, uns ein Eintreten für unfrer Überzeugung zu verwehren. Und um jeden Zweifel darüber auszuschließen, hat die Opposition in Nürnberg durch ihren Sprecher erklärt, daß sie trotz Ablehnung ihrer Anträge auch künftig für ihre Auffassung eintreten, sich aber im Rahmen der Organisationsbeschlüsse halten wird. Und diese Erklärung wurde mit Befriedigung aufgenommen. Was wollen Sie also eigentlich, Herr Kollege? Wie man da von einem „Vorstoß“ reden kann, der einen „Keil in die Kollegenchaft treiben soll, bleibt Ihr Geheimnis. Die Worte, daß wir nicht daran denken, den „Quatsch einer neuen Tarifgemeinschaft nochmals mitzumachen“, sind, wie ich schon eingangs bemerkte, meines Wissens von keiner Seite gefallen. Wäre auch widersinnig, denn wir würden wohl nicht danach gefragt werden, ob wir mitmachen wollen oder nicht, wenn die Mehrheit demgemäß beschließt. Enthält also der angezogene Satz logisch betrachtet schon eine Unrichtigkeit, so möchte ich noch hinzufügen, daß ich es als unfair bezeichnen muß, den Sinn irgendwelcher Ausführungen zum Zweck der Stimmungsmache in Kraftausdrücke zu heiden. Wenn man der Opposition bekommen will, dann bitte immer mit der Sachlichkeit, die jeweils an dem betreffenden Orte geübt wird. Daß unfrerorts allgemein das Bemühen der Sachlichkeit vorliegt, konnte selbst in Nürnberg nicht bestritten werden. Aber eben diese Sachlichkeit verleidet ja so manchem den Kampf gegen die Opposition. Auch der hier für die gute Sache in Schwwei geratene Kollege wünschte sich die Opposition lieber als einen wilden Stier, den man bei den Hörnern packen und bändigen kann. — Ja, Lehmann, der mochte sie wohl!

„ICH nahm Gelegenheits, die Opposition auf ihre Erklärung festzunagen, indem ICH sagte, daß es aufrichtiger von ihr gewesen wäre, diese Erklärung in Nürnberg abzugeben, nachdem die Generalversammlung ihr Votum zur Tariffrage ausgesprochen hatte.“ Muß ich erst sagen, daß unfrer Erklärung in Nürnberg doch für das Gesamtergebnis der Verhandlungen zu gelten hat, also auch in der Tariffrage? Was haben Sie denn nun eigentlich festgagenellt? Bieleicht irgendwo ein Brest! Und was soll es heißen, wenn man leßt: „Sabotage der Nürnberger Generalversammlung. Die dort gefassten Beschlüsse sollen nicht respektiert werden!“ So lautet die Parole der Opposition, so sieht deren praktische Arbeit aus! Unkenntnis spricht aus jedem Worte, wenn man nicht Bswilligkeit annehmen soll. Überall wird es öffentlich ausgesprochen, was die Opposition als Grundlage einer praktischen Mitarbeit betrachtet: Aufhebung der Tarifgemeinschaft, Austritt aus den Arbeitsgemeinschaften. (Siehe neuerdings „Der Arbeiter“ Nr. 30, Artikel des Kollegen Böttcher über: „Die Revolutionierung der Gewerkschaften“). Überall schreiben wir es der Kollegenchaft in die Ohren, um gemeinsam mit ihnen die Gewerkschaften vor dem Siechtum zu retten. Kollege Lehmann hat so gut geschlafen, daß er sich ob dieser, wahrscheinlich zum ersten Male gehörten Forderung verblüfft den Schlaf aus den Augen wickelt und einen Artikel schreibt, der einzig den Erfolg hatte, seine Unkenntnis zu beweisen. Zu dieser Überzeugung muß man kommen, wenn man folgende seiner Ausführungen leßt: „Man sollte meinen, daß, nachdem die Generalversammlung unfrer Verbandes durch die Beschlüsse Willenshandlung die Tarifroute für die Dauer ihrer Legislaturperiode festgelegt hat, nun auch die Opposition sich diesem erdrückenden Wehrheitswillen füge und, wenn auch nicht am selben Stränge ziehen, so doch zum mindesten in dudiamer Zurückhaltung verharren.“ Da leßt mein Geist vor Ehrfurcht still. Danach gäbe es also überhaupt keine Oppositionen mehr. Selbst im Staate, wo die Bürgerlichen als die Mehrheit die Tarifroute festgelegt haben, müßten die Sozialisten aller Schattierungen, die doch hier die Opposition darstellen, in dudiamer Zurückhaltung verharren, bis die bürgerliche Mehrheit beschließt, den Sozialismus einzuführen. Da ist ja Weltmann-Sollweg mit seiner gottgewollten Abhängigkeit direkt ein Waffenkabe dagegen.

Also wir sollen in Zurückhaltung verharren. Ja, bis wann denn? Bis etwa die Gewerkschaftsvertreter oder Sie und Ihre Gesinnungstreunde die Zweckmäßigkeit unfrer Forderungen begriffen haben und sie uns in den Schloß legen? Was ist also der Geist jener gewerkschaftlichen Richtung, die sich über unfrer Ungebud beklagt und uns deshalb bekämpft! Ich danke vielmals für die Offenbarung dieses Geistes, möge ihr die Erkenntnis in der Kollegenchaft folgen, die bis heute noch des Glaubens sein konnte, daß die Politik der Gewerkschaftsführer auch nur einen realpolitischen Wert hätte. Sibt kennen wir den Geist! In dudiamer Zurückhaltung verharren, also schlafen bis — ja bis vielleicht der aus der Sage bekannte Ritter kommt und die zum Schloße Bermüßlichen eröst. Nun, dann schlafen Sie man inzwischen weiter. („Videant consules“). Wir aber, die wir leben, wir werden kämpfen, denn leben heißt kämpfen!

Das unfrer Kollegenchaft klar zu machen, ist die praktische Arbeit der Opposition!

Nenkölln. Otto Fiedler.



